

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Kreisverband Lippe

- Der Kreisvorstand -

An Frau Kerstin Vieregge, MdB Deutscher Bundestag / Wahlkreisbüro Lippe

Lemgo, 6. Mai 2026

Offener Brief: Die verfehlte Mittelstandspolitik der Bundesregierung – Wir fordern einen sofortigen Kurswechsel!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, liebe Kerstin,

wir wenden uns heute im Namen der mittelständischen Wirtschaft in Lippe mit großer Sorge an Dich. Die Lage vieler Betriebe ist dramatisch und die derzeitige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gefährdet nicht nur unseren Wohlstand, sondern zunehmend auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um der Dringlichkeit unserer Anliegen Nachdruck zu verleihen, haben wir im MIT-Kreisvorstand beschlossen, Dir dieses Schreiben als **offenen Brief** zu übermitteln und ihn zeitgleich als Pressemitteilung an die Medienvertreter weiterzugeben.

Wir fordern Dich als unsere Stimme in Berlin auf, den Druck innerhalb der Unionsfraktion und auf die Regierung massiv zu erhöhen. In folgenden Kernbereichen sehen wir dringenden Handlungsbedarf:

1. Haushalts- und Steuerpolitik: Falsche Schwerpunkte beenden Wir verzeichnen in Deutschland Rekord-Steuereinnahmen, aber gleichzeitig eine beispiellose Rekord-Neuverschuldung. Das Geld wird schlichtweg für die falschen Schwerpunkte ausgegeben.

- **Keine Mehrwertsteuer-Erhöhung:** Die nach wie vor im Raum stehende Diskussion über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent weisen wir entschieden zurück. Diese Debatte muss beendet werden. Das würde den Binnenkonsum endgültig abwürgen.
- **Gebrochene Versprechen des Kanzlers:** Der Bundeskanzler hat mehrfach spürbaren Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigungen und echte Investitionsprämien angekündigt. Diese Versprechen wurden auf Druck der SPD nicht eingelöst. Der Mittelstand braucht keine leeren Ankündigungen mehr, sondern spürbare Entlastung.

2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Fairness Die aktuellen Vorhaben der Bundesregierung senden ein fatales Signal an die Leistungsträger.

- **Ehegattensplitting:** Der geplante Wegfall des Ehegattensplittings für die meisten deutschen Steuerzahler ist inakzeptabel. Hier werden diejenigen bestraft, die einer Beschäftigung nachgehen und es handelt sich letztendlich nur um eine verdeckte Steuererhöhung.
- **Kostenlose Mitversicherung von Ehepartnern in der GKV:** Diese Streichung ist nicht akzeptabel, da sie den Familien die Möglichkeit nimmt, ihren Alltag individuell zu planen und die Ehepartner in ein Arbeitsverhältnis zwingt. Dass für ausländische Ehepartner von in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung erhalten bleiben soll (etwa durch das Sozialversicherungsabkommen mit der Türkei u.a.), schürt massiven Unfrieden - auch in unseren multikulturellen Werkhallen. Das ist vollkommen absurd und schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Außerdem ist das eine Diskriminierung der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland!

- **Entwicklungshilfe:** Wir fordern eine sofortige Überprüfung der Entwicklungshilfe-Ausgaben. Es ist absurd, dass Deutschland einem Land wie China Entwicklungshilfe zahlt, während wir selbst in entscheidenden Zukunftsfragen im Vergleich zu China längst ein technologisches Entwicklungsland sind.
- **NGO-Finanzierung:** Die Frage der CDU an die SPD nach der konkreten Finanzierung von NGOs aus Steuermitteln ist im Dickicht der Koalitions-Deals untergegangen. Wir fordern: Sämtliche Zahlungen an NGOs müssen auf den Prüfstand. Es muss geklärt werden, was heute noch bezahlbar und grundgesetzkonform ist.

3. Energiepolitik: Bezahbar, verlässlich und ideologiefrei Unsere wichtigste Wirtschaftsforderung bleibt eine günstige und verlässliche Energieversorgung. Nur so beenden wir die internationale Wettbewerbsverzerrung und verhindern die weitere Abwanderung von Firmen.

- **Stopp der Kraftwerkszerstörung:** Die Zerstörung noch vorhandener Kraftwerke muss sofort gestoppt werden. Es ist umgehend zu prüfen, was noch genutzt und wieder instandgesetzt werden kann.
- **Heimische Gasvorkommen nutzen:** Wir müssen uns von unsicheren ausländischen Gaslieferungen unabhängig machen. Wir fordern die deutliche Intensivierung der Förderung von Gasvorkommen in Niedersachsen durch umweltschonendes Fracking. Auch die Gasvorkommen vor Usedom müssen von uns gefördert und dürfen nicht allein den Polen überlassen werden.
- **"Strommüll" nutzbar machen:** Wir produzieren Werte in Höhe von rund einer Milliarde Euro als "Strommüll" – Energie, die nicht verwendet und teils ins Ausland verschenkt wird. Dieses Potenzial muss genutzt werden, um den Mittelstand bei den Energiekosten zu entlasten.
- **Transparenz bei Gaslieferungen:** Wir fordern eine offizielle Beantwortung der Frage, was Deutschland in den vergangenen Jahren insgesamt im Rahmen der „take-or-pay“ Verträge für Gas bezahlt hat, ohne es abgenommen zu haben. Weiterhin ob dieses aktuell immer noch so gehandhabt wird oder ob die Verträge abgelaufen sind.

Fazit: Erst Verlässlichkeit, dann neue Programme Liebe Kerstin, wir brauchen dringend eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die einen stabilen Rahmen schafft, der private Investitionen überhaupt erst wieder ermöglicht. Erst wenn diese Grundvoraussetzung erfüllt ist, ist es sinnvoll, eine Innovations- und Investitionskampagne für den Mittelstand über die KfW-Bank zu starten.

Wir bitten dich, diese Forderungen der lippischen Wirtschaft mit Nachdruck in Berlin zu vertreten.

Mit besten Grüßen aus Lippe

Harald Deutsch

Kreisvorsitzender der MIT Lippe